

Besuch Bundesrätin Simonetta Sommaruga
18. November 2021

Rede von Rektor Prof. Dr. Christian Leumann

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrter Herr Kollege Vatter,
Sehr geehrte Studierende,

Es ist schon fast Tradition, dass es Herrn Kollege Vatter gelingt, im Rahmen der Vorlesung über das politische System der Schweiz ein Mitglied des Bundesrats für einen Beitrag zu verpflichten. Ich danke Ihnen, Frau Bundesrätin Sommaruga, ganz herzlich, dass sie diese Tradition aufrechterhalten und den Weg hierher an die Universität Bern gefunden haben. Das ist ein starkes Zeichen des Bundesrats an die zukünftige Generation, die dereinst die Geschicke unseres Landes in die Hand nehmen wird.

Die direkte Demokratie der Schweiz ist einzigartig. Sie ist ein politisches System, in welchem die Koalition mehrerer Parteien in der Exekutive vorgegeben ist, welches im Konkordanz Prinzip mit einem Primus inter Pares Präsidialsystem funktioniert. Sie ist ein System, das Minderheiten eine starke Stimme gibt und damit für politische Stabilität sorgt. Sie lässt dem Volk viel Gestaltungsraum durch die direkte Beteiligung an Sachfragen.

Sie ist aber auch ein hochkomplexes Gebilde, in dem die Beteiligung des Souveräns vielfältig ist und der Austarierung von dessen Einfluss

hohe Bedeutung zukommt. Als Aussenstehender kann man dabei schnell einmal zum Schluss kommen, dass dessen Einfluss manchmal auch etwas mehr oder weniger direkt ist. Ich denke da beispielsweise an die Hornkuhinitiative vor drei Jahren, bei welcher die Beteiligung sehr direkt war, andererseits aber auch an das Versenken des Rahmenvertrages mit der EU, InstA, vor ca. sechs Monaten, bei welchem das Volk nichts zu sagen hatte.

Die Welt wird insgesamt komplexer, und so werden auch die Fragestellungen an den Souverän, aber auch an die Regierung komplexer. Die Pandemiesituation, in der wir uns immer noch befinden ist ein gutes Beispiel. Wie regieren, wenn die Grundlagen für mögliche Massnahmen unvollständig sind? Wie Geschwindigkeit und Koordination in ein föderales System wie dasjenige der Schweiz bringen? Zum Glück gab es ja schon das Epidemiengesetz.

Was können unserer Universitäten, was kann die Wissenschaft in solchen Situationen beitragen? Auch hier ist die vom Bundesrat einberufene Corona Task Force, in der auch die Universität Bern vertreten ist, ein gutes Beispiel. Die wissenschaftlich fundierte Analyse gibt Vertrauen und wirkt bei der Erarbeitung von Massnahmen Verschwörungstheorien entgegen. Aber auch die Wissenschaft kennt die Wahrheit nicht. Und das denke ich, ist eine Lehre, die wir ziehen müssen. Wir müssen besser verständlich machen, wie die Wissenschaft funktioniert, was sie leisten kann. Das können wir sicher besser machen. Insbesondere aber müssen wir dafür sorgen, dass die Wissenschaft von der Politik nicht instrumentalisiert wird, denn dann verlieren wir sehr bald unsere Glaubwürdigkeit.

Als direkte Demokratie ist die Schweiz souverän, aber sie bewegt sich mit ihrer Souveränität nicht im luftleeren Raum. Als Kleinsaat mit grosser wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ausstrahlung sind wir angewiesen auf unsere ebenfalls autonomen Nachbarn, und wir müssen unserem Verhältnis zu ihnen Sorge tragen. Es ist gerade die Frage der Souveränität, die die Schweiz seit, aber auch schon vor der Entste-

hung des Bundestaates 1848, umgetrieben hat. Das Finden der Souveränität war immer auch ein Prozess, der von aussen mitgestaltet wurde. Zu diesem Thema kann ich ihnen das Buch von T. Cottier und A. Holenstein «Die Souveränität der Schweiz in Europa» zur Lektüre empfehlen. Es enthält wichtige Denkanstösse, die gerade für das Deblockieren der Situation der Schweiz mit der EU hilfreich sein können.

A propos Deblockierung der Beziehungen mit der EU: Als Rektor der Universität treffe ich nicht täglich ein Mitglied des Bundesrats. Deshalb nehme ich mir die Freiheit, auf eine Frage hinzuweisen, die die schweizerischen Hochschulen im Moment sehr beschäftigt. Wie geht es weiter mit der Assoziation der Schweiz an die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme?

Der Rausschmiss aus Horizon Europe ist für uns Universitäten nicht primär ein finanzielles Problem, da die vom Bundesrat beschlossenen und vom Schweizerischen Nationalfonds organisierten Kompensationsprogramme hier zu einem gewissen Mass Abhilfe leisten können. Das grösste Problem ist der Reputations- und Attraktivitätsverlust. Als Drittstaat können wir nur noch begrenzt an Forschungs Kooperationen teilnehmen, und wir können sie nicht mehr leiten. Gerade für Forschung, die sich an den grossen gesellschaftlichen Fragen orientieren, wie Klimaveränderung Pandemiebekämpfung etc., ist dies äusserst problematisch. Des Weiteren werden wir weniger attraktiv sein für die besten Forschenden aus den uns umgebenden Staaten, und wir müssen auch damit rechnen, dass sich die besten Forschenden der Schweiz dorthin gezogen fühlen könnten, wo sie die besten Entwicklungsmöglichkeiten sehen, nämlich in Länder, die mit Horizon Europe assoziiert sind. Ebenfalls auf dem Spiel steht das Mobilitätsprogramm für unsere Studierenden. Gerade für sie ist die Integration in internationale Netzwerke wichtig, damit sie sich im hochkompetitiven internationalen Forschungsumfeld gut positionieren können.

Falls der Ausschluss längere Zeit anhalten sollte, werden wir in eine Situation geraten, in welcher wir nicht mehr die besten ausländischen Forschenden für den hochspezialisierten Arbeitsmarkt in der Schweiz

ausbilden können, was auch gravierende ökonomische Auswirkungen auf die Schweiz haben wird. All das spüren wir nicht heute und auch morgen noch nicht richtig, aber sicher in fünf bis zehn Jahren. Deshalb bitten wir den Bundesrat, alles daran zu setzen, um stabile Beziehungen mit der EU herzustellen, damit wir uns in Zukunft wieder als zuverlässige wissenschaftliche Partner an Horizon Europe beteiligen können.

Damit bin ich am Ende und übergebe das Wort nun gerne an Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga.